

# Orientierungsleitfaden

## für die Erstellung eines Qualitäts- und Leistungshandbuchs für WfbM und anderer Leistungsanbieter nach § 60 SGB IX inklusive einer Muster-Gliederung

### Einleitende Hinweise

Für die Form ist folgendes zu beachten:

Maximal 50 – 60 Seiten zzgl. Anlagen

Schriftart: ARIAL, Schriftgröße: 11, Zeilenabstand: 1,5 Zeilen,

Layout: ohne Seitenränder; Überschrift - darunter den Text

Allgemeine Hinweise für die Erstellung und Beantragung:

- keine Doppelungen: Eine einmalige Beschreibung reicht aus (Bsp. Kompetenzermittlung)
- Verweis auf das Fachkonzept EV/BBB: Bei der Beschreibung der jeweiligen Leistung ist auf das aktuell gültige Fachkonzept für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich nach § 57 SGB IX zu verweisen. Der Verweis vermeidet, dass bei Aktualisierung des Fachkonzeptes das QLHB erneut überarbeitet werden muss.
- Änderungsmodus: Bereits geprüfte QLHB sind im Änderungsmodus zu bearbeiten: Streichungen müssen erkennbar und alle Änderungen farblich markiert sein.
- Abweichungen beim Personalschlüssel: Soweit von den Mindestanforderungen des Fachkonzeptes abweichende Personalschlüssel (Anlage 4 zum Fachkonzept) angeboten werden, sind diese inhaltlich (außerhalb des QLHB) zu begründen und mit der entsprechenden Teilnehmenden-Struktur zu hinterlegen (auch quantitativ).
- Das QLHB beschreibt den Weg eines Teilnehmenden vom ersten Kontakt über den Durchlauf der Maßnahmen bis hin zum Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis bzw. Übergang in den Arbeitsbereich inklusive der begleitenden Angebote und einzelnen Konzepte.

Das Qualitäts- und Leistungshandbuch hat sich an folgender Struktur zu orientieren (Muster-Gliederung):

### Deckblatt

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Allgemeines

- 1.1. Maßnahmeträger vollständige Bezeichnung, Rechtsstatus/Trägerschaft einschließlich Einbindung in bzw. Anbindung an die Dachorganisation, Adressdaten inklusive Homepage, Kontaktdaten der Verantwortlichen z. B. Geschäftsführer, Vorstand, Werkstattleitung. Bei Werkstattverbünden sind alle Werkstätten inklusive ihrer Kontaktdaten aufzuführen.
- 1.2. Ansprechpartner für QLHB und Maßnahmedurchführung
- 1.3. Grundaussagen zum Leistungsangebot des Trägers: Leitbild der Einrichtung, Unternehmensphilosophie, Zielsetzung des Trägers bezogen auf die Maßnahme

- 1.4. Durchführungsart(e) Standortprinzip mit Erklärung dazu, dass Leistung konkret (nicht nur virtuell) vollumfänglich und im gesamten Jahresverlauf an dem angegebenen Standort angeboten wird (Hauptstandort inklusive aller Betriebsstätten), Erklärung zum Einzugsgebiet sowie die Einbindung in die regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen. Aufgrund der Nichtverpflichtung zur Aufnahme von Teilnehmenden ist eine Abgrenzung der Einzugsgebiete bei anderen Leistungsanbietern nach § 60 SGB IX nicht vorgesehen.
- 1.5. AZAV-Zulassung: Jeder Leistungserbringende braucht ortsbezogen für jeden Durchführungsart eine AZAV-Zulassung gem. § 5 Abs. 1 Nr. 6 AZAV (Nachweise beifügen; ggf. Nachweis über Antragstellung).
- 1.6 Maßnahmeangebot

Kurze Übersicht über das Gesamtangebot der Werkstatt zu Eingangsverfahren (EV), Berufsbildungsbereich (BBB) und/oder Arbeitsbereich bzw. Durchführung der Maßnahme im ausschließlich betrieblichen Kontext.

  - Kapazität insgesamt,
  - Kapazität pro Maßnahme EV/BBB und AB und Zielgruppe
  - Beschreibung der Zielgruppe(n)
  - Benennung der Berufsfelder
  - Beschäftigungszeit

## 2. Qualitätsmanagement

### 2.1. Konzept zur Qualitätssicherung

Beschreibung der Qualitätssicherung und -managementsysteme (QMS). Ausweisung von Kennzahlen zur Sicherung der Qualität (z. B. Teilnehmerbefragungen, Rückmeldungen aus Betrieben, Abbruch- und Verbleibanalysen, Auswertung zu Maßnahme-Erfolgen). Dokumentation qualitätsrelevanter Daten. Beschreibung von Befragungsprozessen zu Befragungen und Erhebungen. Wenn bereits ein Konzept vorhanden ist, ist eine Beschreibung obsolet und das Konzept dem QLHB als Anlage beizufügen.

### 2.2. Fehlzeitenanalyse/-konzept

Benennung und Beschreibung der Analysemethoden für die Auswertung und Bewertung von Fehlzeiten. Es dient im Allgemeinen zur Reduktion von krankheits- und motivationsbedingten Abwesenheiten von Teilnehmenden und Steigerung der Qualität der Maßnahme und Einrichtung. Wenn bereits ein Konzept vorhanden ist, ist eine Beschreibung obsolet und das Konzept dem QLHB als Anlage beizufügen.

### 2.3. Gewaltschutzkonzept

Sicherstellung von Gewaltschutz in der Einrichtung mittels Erklärung der Einrichtung, dass ein entsprechendes Konzept vorliegt und partizipativ erstellt und angewendet wird. Das Konzept ist als Anlage beizufügen.

### 2.4. Fort- und Weiterbildung des Personals

Beschreibung wie der Bedarf (je Profession) erhoben und nachgehalten wird. Es sind hierbei die regelmäßig wiederkehrenden Inhalte und individuellen Fort- und Weiterbildungen aufzuzählen bzw. zu beschreiben ggf. Kooperationen zu benennen und als Anlage beizufügen.

## 3. Übergreifende Aufgaben und Dienstleistungen

Art und Umfang der internen und ggf. externen Fachdienste, Darstellung der Konzeptionen, Beschreibung der Schnittstellen und Vernetzung, ggf. Kooperationsformen und -vereinbarungen

### 3.1. Ärztlicher Dienst

Aufgaben beschreiben, ggf. an Behinderungsart orientiert

### 3.2. Psychologischer Dienst

Aufgaben beschreiben, ggf. an Behinderungsart orientiert

### 3.3. Begleitender Dienst

Aufgaben beschreiben: Sozialpädagogische Betreuung, regelmäßige Sprechstunden, eigenständige Angebote im soz.-päd. Bereich (z.B. Einzelfallhilfe, Gesprächs- und Beratungsangebote), sozial-pädagogische Gruppenstunden im Stundenplan (z.B. Gruppenarbeit, Verhaltenstraining)

### 3.4. Weitere besondere Hilfen

Falls weitere medizinisch-therapeutischen Leistungen angeboten werden sind diese zu benennen, z.B. Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, etc.

### 3.5. Besprechungskonzept und Kooperationen

Kurze Beschreibung der internen Schnittstellen, Schnittstellen- und Besprechungskonzept und der externen Vernetzung, ggfs. Kooperationsformen und -vereinbarungen; Zusammenarbeit / Lernortkooperation mit der / den Berufsschule/n und Betrieben (keine Auflistung / Ausführungen zu den Räumlichkeiten / zum Personal)

### 3.6. Übergangsmanagement

Ein Konzept sowie die einzelnen Maßnahmen zum Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt sind zu beschreiben. Das Konzept ist dem QLHB beizufügen.

### 3.7. Förderung der Kompetenzen

Das Angebot ist entsprechend zu beschreiben

### 3.8. Elternarbeit/ Betreuendenarbeit

Das Angebot ist, wenn vorhanden, zu beschreiben

### 3.9. Digitalisierung

Beschreibung des Angebotes und für welche Maßnahmen bzw. berufliche Bildungsabschnitte dieses angeboten wird.

### 3.10. Datenschutz

Information der Teilnehmenden über die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung ihrer persönlichen Daten, Aufbewahrung der Daten gemäß gesetzl. Vorgaben, inklusive Löschung (Fristen, ggfls. Konzept).

## 4. Durchführung

### 4.1. Maßnahmedurchführung

#### 4.1.1. Eingangsverfahren

Beschreibung der Durchführung inklusive Einbindung/Unterstützung der Bildungsbegleitenden und begleitenden Dienste; Benennung der anerkannten und zielgruppengerechten Methoden zur Eignungsdiagnostik

#### 4.1.2. Berufsbildungsbereich

Beschreibung der Durchführung und Ausgestaltung der beruflichen Bildung in der Einrichtung (betrieblichen Kontext, Einbeziehung Arbeitsbereich, Kooperationen, Organisation im Verbund bzw. bei Kooperationen mit anderen WfbM/aLa).

Beschreibung der Qualifizierungsstufen inklusive Rahmenlehrpläne, Nennung der Berufe/Berufsfelder die Grundlage für die Qualifizierungsstufen sind.

Die angewandten arbeits- und sonderpädagogisch bewährten Lernmodelle und -methoden sind zu benennen

### 4.2. Eingliederungsplanung

Beschreibung der Umsetzung der Eingliederungsplanung (Erstellung der individuellen Planung mit vereinbarten Maßnahmen, regelmäßige Gespräche und Fortschreibung) inklusive der Dokumentation der Ergebnisqualität (u.a. Ergebnisse der ausgeführten Leistungen, vorzeitige Beendigungen der Leistung und Verbleib). Hier ist auch die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit zu beschreiben

(Hinweise: kurze Aussage ausreichend, dass EMAW wie im Infopaket hinterlegt, genutzt wird; Datenschutz wird eingehalten) und die Art der Zusammenarbeit mit anderen Reha-Trägern

#### 4.3. Gender Mainstreaming

Beschreibung der Sicherstellung wie die Teilnehmenden auch an geschlechtsuntypische Berufe herangeführt werden.

#### 4.4. Qualifizierungsbausteine (§ 69 BBiG)

Aufzählung der durchführbaren Qualifizierungsbausteine unter Bezugnahme des zugrundliegenden anerkannten Ausbildungsrahmenplans

#### 4.5. Berufsbildung praxisnah

Beschreibung des Angebots wie z. B. ausgelagerte Berufsbildungsplätze, betriebliche Praktika, „verlängerte Werkbank“ in Betrieben

### 5. Strukturmerkmale

#### 5.1. Infrastruktur

Lage und Erreichbarkeit der Einrichtung:

- Verkehrsanbindung, Anschluss an ÖPNV
- Angebot Fahrdienst

#### 5.2. Ausstattung

- Kurze Beschreibung zur Ausstattung der Räumlichkeiten je nach Nutzung **Hinweis:**  
Bei Bestandseinrichtungen sind keine Nachweise notwendig, außer es wurden bauliche Änderungen vorgenommen
- Barrierefreiheit
- Erklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Fachkonzeptes EV/BBB Anlage 4 zu den baulichen Voraussetzungen z.B. Arbeitsschutzes, Arbeitssicherheit Brandschutzes und Hygienevorgaben

#### 5.3. Personal

Einsatz des Personals bei der Maßnahmedurchführung (EV/BBB)

- Personalübersicht einschließlich Name, Funktion, Profession, Personalunion und Info zu sonderpädagogischer Zusatzqualifikation (SPZ) als Anlage
- Organisations- und Stellenplan als Anlage

#### 5.4. Kooperationen zur Ergänzung der personellen und sachlichen Ressourcen: Benennung und Beschreibung soweit vorhanden

## Einzureichende Unterlagen:

- Qualitäts- und Leistungshandbuch (QLHB)
- Kopie des Handels- oder Vereinsregisterauszuges
- Personalübersicht und Organisations- und Stellenplan
- Gültiges AZAV-Zertifikat oder Antrag darauf
- Unterlagen zu Räumlichkeiten:
  - Grundriss (mit Darstellung / Kennzeichnung der einzelnen Bereiche)
  - Raumplan mit Bezeichnung, Raumnummer, Quadratmeterangabe
  - Lageplan
  - ggf. Maschinenstellplan
- Kooperationsverträge (z. B. psych. und ärztl. Dienst)
- Kooperationsverträge mit Partnerfirmen (Betriebspraktika) inklusive Mustervertrag
- Nachweise/Vereinbarungen mit Dritten z.B. Mittagsverpflegung an Nebenstellen, notwendige Kooperationen zur Durchführung der Leistung
- Muster eines Teilnahmevertrages
- Muster eines Bildungsrahmenlehrplanes (für zwei Berufsfelder)
- Konzept zum Übergangsmanagement
- Konzept zur Qualitätssicherung      Fehlzeitenkonzept (soweit vorhanden)
- Gewaltschutzkonzept

Eine Beschreibung zu folgenden Leistungen ist entbehrlich:

- Grund- und Behandlungspflege – kurze Erwähnung des Angebotes mit Verweis auf Leistung der Krankenkasse, ebenso keine Darstellung von Notfall- oder ärztl. Versorgung
- Versorgung mit Hilfsmitteln und technischen Arbeitshilfen entbehrlich, da in Maßnahmekosten enthalten; ggf. Hinweis auf Beratung von Arbeitgebern, wenn sich entsprechende Übergänge in Ausbildung / Arbeit abzeichnen